



Atomkraft – nein Danke – weltweit



Auf eine gewaltige Naturkatastrophe in Japan mit unvorstellbaren Verwüstungen, unvorstellbarem Leid tausender Menschen setzt der Mensch noch den Super-Gau der atomaren Verstrahlung, der Unbewohnbarkeit von ganzen Landstrichen. Ausgerechnet in Japan, ein Land, das bisher als einziges Land den militärischen Einsatz von Atombomben durch die USA 1945 auf Hiroshima und Nagasaki erleiden musste, erlebt jetzt, dass auch „die friedliche Nutzung“ von atomarer Energie durch den Menschen nicht beherrschbar ist.

In der Antwort auf die Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zu Konsequenzen aus den Ereignissen in Japan stellte Gregor Gysi klar: „Japan hätte der erste Verweigerer sein müssen.“

Im Verlauf der Rede machte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN acht konkrete Vorschläge:

1. Wir brauchen unverzüglich ein Konzept für die mögliche Hilfe gegenüber den Japanerinnen und Japanern. Diese Hilfe ist auch zu leisten.

2. Die Nutzung der Atomkraft für militärische Zwecke und zur Energieerzeugung muss grundsätzlich ausgeschlossen werden, um den Ausstieg unumkehrbar zu machen. Deshalb brauchen wir diese Verpflichtung im Grundgesetz.

3. Die ältesten und pannengeschützten acht AKWs sind sofort und auf Dauer stillzulegen. Es handelt sich um Biblis A, Neckarwestheim 1, Biblis B, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser, Philippsburg 1 sowie Krümmel. Die verbleibenden neun AKWs sind unverzüglich, das heißt ohne schuldhaftes Verzögern, stillzulegen.

Hierzu muss die Bundesregierung einen entsprechenden Atomausstiegsgesetzentwurf bis spätestens 30. April 2011 vorlegen.

4. Verboten werden muss der Export von Atomtechnologie. Siemens und andere Unternehmen haben auch für die AKWs in Japan Ausrüstungen geliefert. Sie müssen verpflichtet werden, diesen Produktionszyklus stillzulegen und aus der Technologie auszusteigen.

5. Die Bundesregierung muss sich für die Auflösung des Euratom-Vertrages einsetzen, damit die damit einhergehende Förderung der Atomenergie beendet wird.

6. Wir fordern einen Strompreisstopp und die Wiedereinführung der Strompreisregulierung durch die Politik statt durch die Energiekonzerne.

7. Wir brauchen unverzüglich ein Energiekonzept der Zukunft, das mit unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Umweltverbänden und kommunalen Energieversorgern erarbeitet werden muss, also nicht mehr die Handschrift der Energiekonzerne tragen darf. Dazu gehören aus unserer Sicht ein Sofortprogramm für die erneuerbaren Energien, ein umfassendes Energieeffizienzprogramm, ein Netzausbauplan, die Entwicklung und Etablierung effizienter Speichertechnologien und eine Dezentralisierung und Rekommunalisierung der Energieerzeugung.

8. Die Bundesregierung muss sich bei der Organisation der Vereinten Nationen und der Europäischen Union entschieden für einen weltweiten bzw. europäischen Ausstieg aus der Atomenergie für militärische Zwecke sowie zur Energiegewinnung einsetzen. Das Gleiche gilt für ein Moratorium für sämtliche weltweit bzw. europaweit geplanten Neubauten von Atomanlagen – egal ob für militärische Zwecke oder zur Energiegewinnung.

Krieg ist auch in Libyen keine Lösung

Zur Libyen-Resolution des UN-Sicherheitsrates erklären die Vorsitzenden von Partei und Fraktion DIE LINKE, Gesine Löttsch, Gregor Gysi und Klaus Ernst:

„Mit der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen droht aus dem Bürgerkrieg in Libyen ein international geführter Krieg zu werden. So richtig es ist, Gaddafis mörderischem Treiben Einhalt zu gebieten, so falsch ist es, dies mit Krieg erreichen zu wollen. Auch Frankreich, Großbritannien und die USA wissen, welch hohes Risiko mit der Einrichtung einer Flugverbotszone und der faktischen Freigabe von militärischen Interventionen durch den Sicherheitsrat verbunden ist. Die Charta der Vereinten Nationen wird verletzt.“

Deutschland hat im Weltsicherheitsrat die militärischen Entscheidungen nicht vorangetrieben. Diese Haltung wird nun aus den Reihen von SPD und Grünen kritisiert. Die Kritik ist falsch. SPD und Grüne machen sich wieder zum Vorreiter eines kriegerischen Abenteurers. Sie nutzen dafür das längst widerlegte Argument von Schröder und Fischer, Krieg wäre auch in diesem Falle die ‚Ultima ratio‘. Für DIE LINKE gilt: Krieg ist die Ultima irratio. Wir werden einem Krieg für Öl und einer deutschen Beteiligung daran auf keinem Fall zustimmen.

Die Bundesregierung von Union und SPD hat den libyschen Diktator mit den von ihr 2006- 2009 genehmigten Rüstungsexporten von über 83 Millionen Euro aufgerüstet und den Krieg gegen die eigene Bevölkerung für Gaddafi führbar gemacht. Sie hat zu wenig getan, um den wirtschaftlichen Druck auf die Machthaber in Libyen zu erhöhen. Öl- und Geldströme wurden nicht konsequent unterbrochen, ein weltweiter Stopp für Rüstungs- und Munitionslieferungen nicht durchgesetzt. Eine Hilfe in der Flüchtlingsfrage wurde nur nebenbei betrieben.

DIE LINKE fordert, eine Kriegsbeteiligung der NATO auszuschließen. Die Bundesregierung muss ihre Enthaltung im Sicherheitsrat nun in politisches Handeln umsetzen und auf Großbritannien, Frankreich und die USA mächtig einwirken. Deutschland darf sich weder unmittelbar noch mittelbar an einem militärischen Eingreifen beteiligen. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass unter dem Dach der Vereinten Nationen ernsthaft über einen Waffenstillstand aller Konfliktparteien verhandelt wird. Eine militärische Eskalation muss verhindert werden.“

2. Tagung des 2. Landesparteitages in Potsdam

Wenn ich im Vorfeld der zweiten Tagung des Landesparteitages mit Genossen gesprochen habe, ging es immer wieder um die CCS-Frage. Die Diskussion dazu mit anschließender Abstimmung zum Initiativantrag war ein wichtiger Punkt des Landesparteitages. Der Antrag A10 war überschrieben: DIE LINKE Brandenburg für Fortsetzung der Diskussion um Technologien zur Senkung des CO₂-Ausstoßes – Ohne CCS-Gesetz keine Erkundung. Im Antrag heißt es: DIE LINKE Brandenburg bekennt sich zum im Koalitionsvertrag beschlossenen Kompromiss zu CCS-Technologien. Es gab aber auch einen Alternativantrag dazu der lautete: DIE LINKE Brandenburg setzt sich dafür ein, dass die Bundesrepublik Deutschland die in der EU-Richtlinie eingeräumte Möglichkeit nutzt, auf ihrem Territorium keine unterirdische Verpressung von Kohlendioxid zuzulassen.

Ich bin mit dem konkreten Auftrag und meiner Meinung nach Potsdam gefahren, diesem Alternativantrag zuzustimmen. So wunderte es mich auch nicht, dass am Sonnabend der Weg zum Tagungshotel alle Delegierten und Gäste durch eine Kundgebung gegen CCS führte. Als der Antrag aufgerufen wurde, begann mein Problem mit dem Beitrag von Peer Jürgens, einem der Einbringer des Initiativantrages. Im Nachhinein wünschte ich mir, diesen Beitrag aufgenommen zu haben, um ihn

hier zitieren zu können. Ich nehme das Ergebnis mal vorweg: Mich hat Peer überzeugt, dass man diesem Antrag zustimmen müsste. Er benannte klar die Hürden, die mit diesem Antrag errichtet werden. Auch sind die Eckpunkte der Forderungen für ein CCS-Gesetz deutlich formuliert. Wenn das alles berücksichtigt wird, kann es meines Erachtens nie zu einer Verpressung kommen. Wie schon gesagt, hatte ich danach ein Problem, nämlich die Abstimmung. Auf der einen Seite der konkrete Auftrag meiner Genossen, und auf der anderen Seite mein eigener Standpunkt nach diesem Beitrag. Letztendlich habe ich doch dem Alternativantrag zugestimmt, da ich der Meinung bin, dass ich als Delegierter auch die Genossen meiner Basisgruppe und deren Standpunkt vertreten muss. Wie verhärtet die Positionen gerade in diesem Punkt sind, habe ich dann im Anschluss an die Debatte mitbekommen, als Bettina und Marco im Foyer des Hotels mit den Vertretern der Demo gesprochen haben. Aber eins ist mir auch klar geworden: Wer spricht



denn noch mit ihnen, wenn nicht wir? Zum Schluss möchte ich noch ein anderes Problem ansprechen. Ist es eigentlich möglich, auch für einen solchen Parteitag Ersatzdelegierte zu wählen? Es kann ja immer mal sein, dass ein Delegierter an dem Wochenende des Parteitages verhindert ist, aber schade ist es schon, wenn die Plätze dann leer bleiben. Wir vergeben uns hier die Möglichkeit, uns einzubringen, und könnten die Auswertung der Parteitagsbeschlüsse auf mehrere Schultern verteilen. Neben der hier beschriebenen Problematik gab es natürlich noch viele andere wichtige Beiträge und Beschlüsse auf diesem Parteitag. Ich werde diese ausführlich in unserem Gebietsverband auswerten.

Angela Hannemann
Bad Freienwalde

Erinnerung an die Vereinigung der beiden großen Arbeiterparteien KPD und SPD 1946 in Ostdeutschland

Offizielle Dokumente, nicht zuletzt das dem Vereinigungsparteitag am 21. April 1946 beschlossene Manifest und dessen Interpretationen, gibt es in Vielzahl. So kam offensichtlich die Redaktion unserer Kreiszeitung auf die Idee, einen Zeitzeugen zu bitten, seine Erinnerungen an dieses bedeutsame historische Ereignis aufzuschreiben. Diesem Verlangen nachzukommen, würde bedeuten, ein Buch oder einen umfangreichen Artikel zu schreiben. Das wäre für unsere Zeitung ungeeignet. Zeitzeuge im originären Sinne bin ich gar nicht, denn erst Ende April 1946 wurde ich aus dem englischen Kriegsgefangenenlager entlassen. Aber meine unmittelbare Familiengeschichte ist Zeugnis für das, was in den Würdigungsreden durchaus mit Recht als historisch bezeichnet wird.

Mein Vater – seit dem Kappputsch Kommunist – ist in der berüchtigten Köpenicker Blutwoche von Nazis misshandelt und später, nach den Globke-Gesetzen, für „reichsunwürdig“ und staatenlos erklärt worden. In Sippenhaftung waren meine Mutter und ich der gleichen Behandlung unterworfen. Vater wollte ein friedliches und demokratisches Deutschland, in dem die einfachen Menschen, verkörpert in der Arbeiterklasse, das Sagen haben sollten.

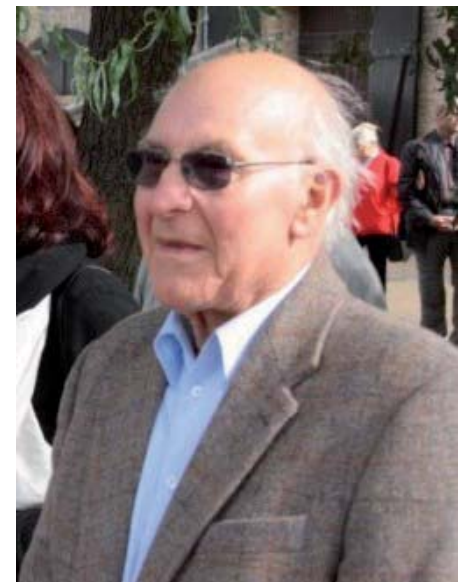
Er war überzeugt davon, dass die beiden Arbeiterparteien KPD und SPD, wären sie in der Weimarer Republik einheitlich gegen die Nazis vorgegangen, das Nazi-System hätten verhindern können. Konzentrationslager und Krieg hätten dem deutschen und anderen Völkern vielleicht erspart bleiben können. Die Konsequenzen aus dieser Erfahrung liegen auf der Hand.

Mein Schwiegervater, ein linker Sozialdemokrat, hatte im Grunde dieselben Erfahrungen. Dem unehelichen Kind konnten die Nazis trotz ihres Verdachts nicht nachweisen, dass er „Halbjude“ war. Aber es reichte ja, linker Sozialdemokrat gewesen zu sein, um für einige Zeit ins Konzentrationslager Sachsenhausen gesperrt zu werden.

Beide Väter waren nicht nur am Skattisch vereint, sondern äußerst aktiv im Prozess der realen Vereinigung im Ortsverband Köpenick. Die Geschichte zweier Familien macht deutlich, dass es eine Lüge und eine unerhörte Vereinfachung ist, den Vereinigungsprozess als auf Zwang beruhend darzustellen.

Die Liebe zu meiner Frau hatte natürlich nichts mit der Geschichte der Väter zu tun. Nur indirekt, denn wir trafen uns im Mai 1946 in der schon bestehenden Jugendgruppe der SED in Köpenick. Die Vereinigung der Parteien war auf dem Parteitag schon vollzogen worden.

Unsere Väter haben uns ohne besondere Worte vermittelt, dass die einfachen Menschen, die Werktätigen, die Arbeiterklasse, um es in ihren Worten auszudrücken, zusammenste-



hen müssen. Sie müssen das Sagen haben, sie müssen die „Bestimmer“ sein in einer echten Demokratie. Nur unter diesen Voraussetzungen ist ein neues und demokratisches Deutschland aufzubauen.

Günter Schippel
Neuenhagen

Die nächste Ausgabe
unseres Informationsblattes **IMPULSE**
erscheint am 12. 05. 2011

Das war der FrühLINKS-Empfang 2011



Als gelungenes Wortspiel wurde der Name der Veranstaltung des Kreisverbandes bezeichnet, die nun schon zum 5. Mal im Frühjahr durchgeführt wird.

Der Kreisvorsitzende Genosse Bernd Sachse begrüßte unter den Gästen aus dem gesamten Kreisgebiet Vertreter von Parteien, Fraktionen, Organisationen, Verbänden und Vereinen, die in der zurückliegenden Zeit gemeinsam mit unserem Kreisverband für das Wohl unserer Menschen gewirkt haben.

In ihrer Ansprache betonte die Landtagsabgeordnete Bettina Fortunato, dass der Ort der Veranstaltung bewusst im Oderbruch gewählt wurde, weil wir damit ein Zeichen setzen wollen, dass die Menschen hier mit ihren Sorgen mit dem Hochwasser nicht allein gelassen werden, sondern unser Wirken auf allen Ebenen der Politik darauf gerichtet ist, das Oderbruch als Heimat, Siedlungs- und Arbeitsgebiet und als Kulturlandschaft zu erhalten.

Die TeilnehmerInnen führten in freundlicher Atmosphäre in der Räumlichkeiten der Landwirtschaft Golzow GmbH angenehme Gespräche bei guter musikalischer Umrahmung und aufmerksamer gastronomischer Betreuung.

Text und Bilder Redaktion

Mehr miteinander reden!

Zu genau diesem Fazit kamen die Mitglieder der Basisorganisationen aus Letschin, Neuhardenberg, Manschnow und Golzow am Ende ihrer jüngsten Zusammenkunft im Haus „Lichtblick“ in Letschin. Wieder einmal ging es um die Perspektive für das Oderbruch. Eingeladen waren die beiden direkt gewählten Linkspartei-Landtagsabgeordneten Bettina Fortunato und Marco Büchel. Die Themenpalette reichte vom öffentlichen Beschäftigungssektor über CO₂-Verpressung bis hin zum Binnenhochwasser. Das ließ sich natürlich in zwei Stunden nicht erschöpfend diskutieren, deswegen oben stehendes Bekenntnis.

Nach der Veranstaltung bat Axel Dolata Teilnehmer um eine kurze Meinungsäußerung:

„Die Fraktion DIE LINKE im Landtag hat die Probleme des Hochwassers im Oderbruch erkannt. Das ist auch das Verdienst unserer Abgeordneten B. Fortunato und M. Büchel. Die Genossen der Basisorganisationen Letschin, Manschnow, Golzow und Neuhardenberg können jetzt sachbezogen mit der Bevölkerung sprechen.“

Günter Guderjahn, Golzow

„Es gab eine Überschrift in der Zeitung „JungeWelt“ nach dem Landesparteitag Anfang März und die lautete: „Christoffers stimmt der Probebohrung für die CO₂-Verpressung zu“. Diese Überschrift war für mich Anlass, über einen Austritt aus der Linkspartei intensiv nachzudenken. Das Gespräch heute hat mich

eines Besseren belehrt. Wir sollten öfter das Gespräch miteinander suchen.“

Hanelore Kurz, Letschin

„Ich fühle mich beim Binnenhochwasser besser informiert und bin klüger geworden, was Zusammenhänge und Hintergründe betrifft. Wenn ich jedoch daran denke, was Bettina erzählte, wie sie von Genossen beschimpft wurde, dann finde ich das unverschämte. Man kann sicherlich eine andere Meinung haben, aber jemanden persönlich angreifen, das verbietet sich für mich! Bettina ist eine fleißige und freundliche

1. Mai in Strausberg

Die Mai-Kundgebung in Strausberg findet auch dieses Jahr

“ Am Landsberger Tor“

statt.

Um 09.30 Uhr treffen wir uns am Mahnmal der OdF, Wriezener Straße und

um 10.00 Uhr beginnt die Kundgebung.

Es spricht Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE.

Die teilnehmenden Parteien und Organisationen sind mit Info-Ständen vertreten.

Laienkünstler sorgen für Unterhaltung.

Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

AG 1. Mai



Frau, die mit viel Engagement ihre Abgeordnetenarbeit realisiert.“

Marianne Pohl, Buschdorf

„Für mich ist bei dem vom Landesparteitag gefassten Beschluss hinsichtlich CCS-Technologie die Formulierung, es werde ohne Akzeptanz und gegen den Willen der Bevölkerung keine Verpressung von CO₂ geben, völlig ungeklärt. Welche Bevölkerung gemeint ist: Die unmittelbar im Verpressungsgebiet lebende, die des Landkreises oder die des gesamten Landes Brandenburg.“

Mario Eska, Neuhardenberg



Bürgerbüros

Dagmar Enkelmann (MdB)

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85

Mo.–Do. 9 – 16 Uhr
Freitag nach Vereinbarung

dagmar.enkemann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

Kerstin Kaiser (MdB)

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 30 39 85

Mo.–Do. 9 – 16 Uhr

info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Bettina Fortunato (MdB)

15306 Seelow, Breite Str. 9
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Fax: (0 33 46) 85 21 47

Mo. 10 – 17 Uhr
Mi.+Do. 14 – 18 Uhr

bueno-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Büchel (MdB)

16259 Bad Freienwalde, Grünstr. 8
Telefon: (0 33 44) 33 45 41
Fax: (0 33 44) 33 45 43

Mo. 10 – 16 Uhr
Do. 14 – 17 Uhr

15366 Neuenhagen,
Ernst-Thälmann-Str. 33
Mo. 11 – 17 Uhr
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde

Grünstraße 8, 16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de

Öffnungszeiten:
Di. 9 – 12 Uhr

Strausberg

Große Straße 76,
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Öffnungszeiten:
Mo. bis Do. 9 – 12 Uhr

e-mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreffs

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9,
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:
Mo. – Mi. 9 – 12 Uhr

LinksTreff Strausberg

15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85

Mo.–Do. 9 – 16 Uhr



Gisela Müller will Rechtspopulismus in Brandenburg Einhalt gebieten!

Gisela Müller macht als letzter konservativer Anker auf Rechtspopulismus in den Reihen der Brandenburger CDU aufmerksam und ruft zu Spenden auf.

Am 9. März 2011 ist die Spenden-Kampagne „5 Euro für eine lebendige Zivilgesellschaft – und gegen CDU-Populismus“ mit der herzensguten Gisela Müller mit einer Pressekonferenz gestartet.

Gisela Müller ist die ideelle Gesamtoma des Demokratischen JugendFORUMs Brandenburg (DJB e. V.).

2. Freienwalder Gespräch

Marco Büchel (MdB) im Gespräch mit **Birgit Wöllert** - Mitglied des Landtags, Sprecherin für Sozial- und Gesundheitspolitik

„Risiken und Nebenwirkungen aktueller Gesundheitspolitik“

aufgearbeitet, satirisch verpackt und zur Diskussion freigegeben.

am 15. 04. 2011

16:00 Uhr

im Teehäuschen (am Schloss Bad Freienwalde)

Auf der Internet-Seite des Kreisverbandes gibt es interessante **Ausführungen von Genossen Rolf Barthel** zur „**Altanschließer-Problematik**“ unter www.dielinke-mol.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwährend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P. : Bernd Sachse,
Tel. 0 33 41-30 39 84

Mail : info@dielinke-mol.de

Layout u. Satz : Fortunato Werbung,
www.fortunato-werbung.de

Fotos/Grafik : DIE LINKE. MOL, privat

Als konservative Rentnerin und Christdemokratin aus Potsdam-Rehbrücke ist sie zutiefst erschrocken über fortwährende öffentlichkeitswirksame Angriffe des rechten Flügels der CDU gegenüber alternativen und zivilgesellschaftlichen Projekten und Strukturen in Brandenburg.

In einem Grußwort zum Start der Kampagne führt sie aus: „Ich bin selber christdemokratisch und stehe einer konservativen Politik nahe. Aber was hier passiert, geht doch entschieden zu weit. Ich habe mich darum entschlossen, mit meinem Enkel und seinen Freunden eine gemeinsame Kampagne zu starten. Wir wollen möglichst viele Menschen finden, die uns 5 Euro spenden und damit symbolisch zeigen, dass sie diese populistische Politik ablehnen und die Brandenburger Zivilgesellschaft mit einem konkreten Beitrag unterstützen.“

Die Spenden gehen an konkrete unabhängige und demokratische Projekte und kleine Initiativen in Brandenburg, die sich nur mühsam über Wasser halten können.

Unterstützt diese Kampagne mit einer Spende von 5 Euro und leitet die Informationen an möglichst viele Personen weiter.

Alle Informationen zur Kampagne finden Sie im Internet unter: <http://giselamueller.org/>

Die Überweisung leitet bitte auf das Konto: DJB e.V., Berliner Volksbank, BLZ: 100 900 00, Kontonummer: 7391265008, Stichwort: Gisela

*Rony Kühn
Strausberg*

Aus Anlass des 66. Jahrestages der Befreiung findet am Seelower Ehrenmal am

8. Mai 2011 um 11 Uhr
eine **stille Kranzniederlegung** statt.

Dazu laden wir die Einwohner von Seelow und der Region herzlich ein.

Stadtverband Seelow DIE LINKE.

Zur Wahrung des Andenkens der im Kampf gegen den Hitlerfaschismus gefallenen Sowjetsoldaten findet am

08. Mai 2011, 10.00 Uhr
Ein **stilles Gedenken am Fliegerdenkmal in Buckow**/Märkische Schweiz, Lindenstraße statt.

Wir bitten um rege Teilnahme und Niederlegung von Blumen.

*Im Namen der Regionalen Initiative
Alfred Vogel*

TERMINE

18. 04. 18. 00 Uhr **Ausstellungseröffnung „Integration der Spätaussiedler in MOL“** mit Dr. Dagmar Enkelmann
LinksTreff Strausberg

19. 04. 18.30 Uhr **Mandatsträgertreffen** Im STICKer in Strausberg

27.04. 15 Uhr Linkstreff Seelow
Reihe **IM GESPRÄCH: „25 Jahre nach Tschernobyl“**, Mediziner aus der Ukraine berichten

28. 04. 18. 00 Uhr **KV- Sitzung** in Strausberg

01.05. 10 Uhr Linkstreff Seelow

Polit-Frühschoppen zum 1. Mai

19.05. 15 Uhr Linkstreff Seelow
Reihe **IM GESPRÄCH: „Linke Frauzimmer“**, mit Dr. Karin Bähler